

Editorial: Die Euro-Krise und das deutsche Modell der industriellen Beziehungen

Reinhard Bahnmüller, Christoph Deutschmann, Markus Hoppe, Andrea Müller und Werner Schmidt

Die europäische Krise bietet ein zunächst widersprüchliches Bild. Trotz der starken Zunahme der Staatsverschuldung ist die Wirtschaftslage in Deutschland wie auch in mehreren anderen Ländern überraschend gut. Die registrierte Arbeitslosigkeit liegt in Deutschland unter der 3-Millionen-Marke, die Wirtschaftsleistung wächst, die Steuereinnahmen sprudeln. Ganz anders ist die Lage in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, wo die Bevölkerung unter massiven Kürzungen der Staatsausgaben, hoher Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit leidet. Doch ungetrübte Freude ist selbst in Deutschland keineswegs angemessen. Ohne die hohen Staatsdefizite und negativen Handelsbilanzen der Krisenländer, so wird argumentiert, hätten die deutschen Überschüsse nicht so hoch sein können. Die gegensätzlich erscheinenden Entwicklungen stünden vielmehr in einem Zusammenhang.

Das Tübinger Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur (F.A.T.K.) veranstaltete zu seinem 25-jährigen Bestehen am 30.11./1.12. 2012 ein Symposium, das sich mit der Euro-Krise und dem deutschen Modell der industriellen Beziehungen beschäftigte. Diskutiert wurde darüber, ob die deutsche Lohnpolitik eine Mitschuld an den entstandenen Ungleichgewichten habe. Es wurde nach der Rolle der deutschen industriellen Beziehungen vor und während der Krise gefragt, und danach, welche Zukunftsperspektiven sich ergeben. In diesem Schwerpunktheft machen wir fünf der Beiträge des Symposiums in ausgearbeiteter Form zugänglich.

Zunächst diskutiert *Christoph Deutschmann* die Entstehungshintergründe der Euro-Krise. Er bezieht kritisch Stellung gegenüber Argumentationen, in denen die Krise primär als Ausdruck einer Fehlkonstruktion des europäischen Währungssystems oder als genereller Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie erscheint. Er verortet die Euro-Krise vielmehr im Kontext eines deregulierten Finanzmarktkapitalismus. Nicht eine Renationalisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, vielmehr eine Europäisierung der Fiskalpolitik mit dem Ziel einer angemessenen Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen würde demnach einen nachhaltigen Weg aus der Krise weisen.

Bernadette Allinger, Jörg Flecker und *Christoph Hermann* richten ihren Blick primär auf die von der Euro-Krise stark betroffenen Länder und konstatieren einen Bruch mit der immer wieder beobachteten pfadabhängigen Entwicklung der industriellen Beziehungen. Sie sprechen von einer durch europäische Intervention erzwungenen „doppelten Konvergenz“, in der die industriellen Beziehungen im Privatsektor dezentralisiert, während die Arbeitsbedingungen des öffentlichen Sektors zunehmend unilateral bestimmt werden. Damit bezeichnen sie nicht nur zwei Varianten der formalen Konvergenz der Arbeitsbeziehungen dieser Länder, sondern auch eine substantielle Konvergenz der Ziele: Es geht jeweils darum, die Arbeitsbedingungen zuungunsten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu verändern.

Martin Schwarz-Kocher beschäftigt sich mit dem Krisenmanagement in Industriebetrieben und setzt sich mit dem Stichwort des Krisen- und Wettbewerbskorporatismus auseinander. Er betont die Relevanz konfliktärer Aushandlungsprozesse und gewerkschaftlicher Politik in den Betrieben für die Erfolge der Beschäftigungssicherung während der Zeit des manifesten Kriseneinbruchs. Nicht allein die Berliner Regierungspolitik und korporatistische Arrangements auf nationaler Ebene wirkten demnach einem massiven Beschäftigtenabbau entgegen.

Wolfgang Schroeder rekonstruiert die Entwicklung der deutschen industriellen Beziehungen (mit Schwerpunkt auf die Exportwirtschaft), die seit Jahren durch sinkende Organisationsgrade und eine Erosion der Tarifbindung gekennzeichnet sind, und diskutiert, ob sich auch aus einem erfolgreichen Krisenmanagement Chancen einer Erneuerung der industriellen Beziehungen ergeben könnten. Neben gewerkschaftlichen Bemühungen der Mitgliederrekrutierung in Niedriglohnbereichen hält er es für unverzichtbar, dass die Gewerkschaften die lohnpolitischen Interessen auch der arbeitsmarktstarken Gruppen nicht aus den Augen verlieren. Für ein Mindestmaß an Sicherheit und Orientierung müsse staatlich gesorgt werden.

Berndt Keller schließlich ergänzt nicht nur um eine Betrachtung der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen des öffentlichen Dienstes in Deutschland während der jüngsten Krise, sondern weitet die Perspektive auch auf die Jahre davor sowie vergleichend auf andere europäische Länder aus. Er betont, dass in Deutschland bereits vor der Krise einschneidende Veränderungen im öffentlichen Dienst stattfanden, weitere Einschnitte gleichwohl alles andere als unwahrscheinlich sind. Die Auswirkungen von Kürzungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst seien weit über diesen hinaus spürbar. Es stelle sich die Frage nach der Funktion des Staates für Wirtschaft und Gesellschaft.